

Wohlfahrtsfonds

Handlungsmöglichkeiten im Lichte der Coronakrise

Wohlfahrtsfonds bilden eine wichtige Stütze für ihre Destinatäre, in «normalen» wie in Krisenzeiten. Sie dienen primär der Verbesserung der beruflichen Vorsorge, wo sich ihnen ein weites Handlungsfeld eröffnet.

IN KÜRZE

Wohlfahrtsfonds dürfen ihre Aktivität nicht auf die Verwaltung des Vermögens beschränken. Ansonsten erfüllen sie den Stiftungszweck nicht und ihnen droht, langfristig die Steuerbefreiung zu verlieren.

Wohlfahrtsfonds mit einem Vermögen von insgesamt rund 9 Mrd. Franken soll es gemäss den aktuellsten Erhebungen des Bundesamts für Statistik per Ende 2015 (noch) gegeben haben¹ – neuere Zahlen gibt es nicht.

Da Wohlfahrtsfonds in der Regel keine Verpflichtungen und damit keine Deckungskapitalien aufweisen, kann davon ausgegangen werden, dass der Grossteil des Vermögens sogenannte freie Mittel sind, die der Stiftungsrat zweckgemäss zugunsten seiner Destinatäre verwenden sollte.

Wohlfahrtsfonds und fehlende Leistungserbringung

In der Praxis stellen die Aufsichtsbehörden häufig fest, dass Wohlfahrtsfonds ihr Vermögen lediglich verwalten und ansonsten keinerlei Aktivitäten ausüben. Beschränkt sich ein Stiftungsrat hauptsächlich auf die Verwaltung des Vermögens und erbringt keinerlei Leistungen, verletzt er gegebenenfalls seine Pflicht, dem Stiftungszweck nachzuleben.² Langfristig riskiert er zudem den Verlust der Steuerbefreiung.³

Die geringen oder fehlenden Aktivitäten einiger Wohlfahrtsfonds sind nicht auf mangelnden Willen des Stiftungsrats zurückzuführen, sondern auf nicht erkannte Möglichkeiten – und fehlende Dringlichkeit.

Letzteres hat die Coronakrise offensichtlich geändert: Seit Beginn der Pandemie haben sich zahlreiche Wohlfahrtsfonds an die Aufsichtsbehörden gewandt, um zu erfahren, inwiefern sie die Arbeitnehmer in dieser Krise finanziell unterstützen können. Eine der häufigsten Fragen war, ob die Differenz der Kurzarbeitsentschädigung von 80 % zum vollen anrechenbaren Verdienstausschlag vom Wohlfahrtsfonds übernommen werden kann.

Die Voraussetzungen, unter denen dies möglich ist, hat die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK) in Zusammenarbeit mit den Direktaufsichtsbehörden in einer Mitteilung aufgezeigt.⁴ Da Bedarf nach weiteren Informationen ersichtlich war, hat die Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden im April 2021 in einem Merkblatt zusammengefasst, welche Leistungen die Wohlfahrtsfonds nach Praxis der Aufsichtsbehörden erbringen können und welche Grundsätze die Stiftungsräte bei der Ausrichtung dieser Leistungen zu beachten haben.

Welche Leistungen dürfen Wohlfahrtsfonds erbringen?

Vielfach beschränken sich Wohlfahrtsfonds auf die Erbringung von Leis-



Laurence Eigenmann
Senior Aufsichtsverantwortliche
BVG- und Stiftungsaufsicht
des Kantons Zürich (BVS)

¹ Wohlfahrtsfonds in der Schweiz 2015 in: BFS Aktuell; 13 Soziale Sicherheit. September 2017.

² Jürg Brechbühl: Mangelhafte Zweckerreichung bei patronalen Wohlfahrtsfonds, in: Gächter, Thomas; Mosimann, Hans-Jakob (Hrsgs): Berufliche Vorsorge – Stellwerk der sozialen Sicherheit. 21–36.

³ Lang, Peter: Patronale Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen – Fiskalische Rahmenbedingungen im Lichte der ZGB-Revision vom 25. September 2015, in: Steuerrevue Nr. 7-8/2016. S. 586.

⁴ Mitteilungen Nr. 02/2020 vom 6. Juni 2020 betreffend Leistungen von Wohlfahrtsfonds bei Kurzarbeit in Folge der Corona-Pandemie.

«Vielfach beschränken sich
Wohlfahrtsfonds auf die
Erbringung von Leistungen
in Notlagen. Übersehen wird
dabei, dass Hauptzweck
eines Wohlfahrtsfonds nicht
die Erbringung von
Härtefallleistungen ist,
sondern die Verbesserung
der beruflichen Vorsorge.»

tungen in Notlagen. Übersehen wird dabei, dass Hauptzweck eines Wohlfahrtsfonds nicht die Erbringung von Härtefallleistungen ist, sondern die Verbesserung der beruflichen Vorsorge.⁵

Dies kann auf vielfache Art erfolgen, beispielsweise indem das Altersguthaben der aktiv Versicherten durch Zusatzverzinsungen oder Einlagen erhöht wird. Letzteres ist ein probates Mittel, um die Reduzierung der Altersleistungen infolge Umwandlungssatzsenkungen wenigstens teilweise aufzufangen. Unter gewissen Voraussetzungen erlaubt die Praxis auch die Übernahme der reglementarischen Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.⁶ Indirekt wird die berufliche Vorsorge der Destinatäre zudem verbessert, indem der Wohlfahrtsfonds die Kosten für eine notwendige Senkung des technischen Zinssatzes übernimmt oder eine Unterdeckung in der Pensionskasse ausfinanziert.

Leistungen kann ein Wohlfahrtsfonds wie erwähnt auch in Notlagen erbringen. Denkbar ist, nicht nur in Corona-Zeiten, die Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung oder die Übernahme der Kosten gewisser Leistungen im Rahmen von Sozialplänen bei Massenentlassungen, wie die Finanzierung von vorzeitigen Pensionierungen, die Aufstockung der Arbeitslosenentschädigung oder die Übernahme von Umschulungs- oder Weiterbildungskosten.

Ein Wohlfahrtsfonds kann zudem die AHV-Beiträge, die ein Arbeitgeber auf Leistungen des Fonds erbringen muss, vergüten.⁷

⁵ Eine detaillierte Auflistung der möglichen Leistungen findet sich im erwähnten Merkblatt der Konferenz.

⁶ Die einseitige Finanzierung von Arbeitgeberbeiträgen ist nur zulässig, wenn dafür vorgängig eine Arbeitgeberbeitragsreserve geäuft wurde oder die rein patronale Finanzierung des Wohlfahrtsfonds nachgewiesen ist.

⁷ Weisungen OAK BV W - 02/2016 Wohlfahrtsfonds gemäss Art. 89a Abs. 7 ZBG, Ziff. 2.2.

Welche Leistungen dürfen nicht ausgerichtet werden?

Ein Wohlfahrtsfonds darf nur Leistungen erbringen, die seinem Zweck entsprechen, und er darf keine Leistungen übernehmen, zu denen der Arbeitgeber rechtlich verpflichtet ist (wie Lohn- oder Lohnfortzahlungen).

Mit Ausnahme der Beiträge für die berufliche Vorsorge dürfen keine Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern (AHV/IV, UV, EO usw.) übernommen werden. Das gleiche gilt für Krankenkassen- und Krankentaggeldprämien.

Ebenso wenig dürfen – ausser bei Vorliegen einer Notlage – die Kosten medizinischer Behandlungen übernommen werden. Unzulässig wäre auch die Übernahme der Betriebskosten einer Mitarbeiterkantine oder einer Krippe.

Welche Grundsätze sind bei der Ausrichtung der Leistungen zu beachten?

Selbstredend dürfen nur Leistungen an die Destinatäre des Wohlfahrtsfonds ausgerichtet werden. Zulässig sind zudem nur Leistungen, die zweckkonform sind und somit entweder der Verbesserung der beruflichen Vorsorge bezüglich wirtschaftlicher Folgen von Alter, Invalidität und Tod dienen (Hauptzweck eines Wohlfahrtsfonds) oder eine Notlage infolge Krankheit, Unfall, Alter oder Arbeitslosigkeit auffangen (Nebenzweck eines Wohlfahrtsfonds).

Will der Stiftungsrat eine Notlagenleistung erbringen, muss er im Einzelfall prüfen, ob eine solche vorliegt oder droht. Aus Praktikabilitäts- und Verhältnismässigkeitsüberlegungen kann er dabei gewisse Pauschalisierungen vornehmen, beispielsweise indem er eine feste Einkommensgrenze festlegt, eventuell unter Berücksichtigung und in Abhängigkeit von familienrechtlichen Unterstützungspflichten.

Bei der Erbringung von Leistungen hat der Stiftungsrat die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Angemessenheit zu beachten: Er muss Destinatäre, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, gleich behandeln, und er muss insbesondere absehbaren künftigen Entwicklungen Rechnung tragen, sodass auch künftig Leistungen in einem ähnlichen Rahmen erbracht werden können.

Strategie entwickeln

Beim Entscheid, wann und wie die Mittel des Wohlfahrtsfonds verwendet werden sollen, verfügt der Stiftungsrat über ein weites Ermessen. Er trägt aber gleichzeitig die Verantwortung dafür, dass die Stiftung tätig wird und zweckkonforme Leistungen erbringt. Deshalb sollte sich jeder Stiftungsrat eine Strategie überlegen, wie er in den kommenden Jahren dem Zweck nachleben und Mittel verwenden will.

Dabei hat er absehbare betriebliche Entwicklungen wie Restrukturierungen oder gar eine Schliessung der Stifterfirma zu berücksichtigen und muss dafür sorgen, dass nicht nur die jetzigen, sondern auch die kommenden Arbeitnehmer und Rentner Leistungen erhalten. Um zu vermeiden, dass er seine Qualifizierung als Wohlfahrtsfonds im Sinne von Art. 89a Abs. 7 ZGB verliert, sollte er es jedoch vermeiden, verbindliche Richtlinien oder gar ein Reglement zu erlassen. |

Fonds de bienfaisance

Pistes d'action possibles à la lumière de la crise du coronavirus

Les fonds de secours apportent un soutien important à leurs bénéficiaires, tant en temps «normal» qu'en temps de crise. Leur but principal est d'améliorer la prévoyance professionnelle, et ils disposent d'un large champ d'action pour le faire.

EN BREF

Les fonds de bienfaisance ne peuvent pas limiter leur activité à la gestion des actifs, car sinon ils ne remplissent pas leur but et risquent de perdre leur exonération fiscale sur le long terme.

Selon les chiffres publiés par l'Office fédéral de la statistique à fin 2015¹ – les plus récents qui soient disponibles en la matière – les fonds de secours qui existaient (encore) au moment du recensement totalisaient une fortune de l'ordre de 9 milliards de francs.

Comme les fonds de bienfaisance n'ont généralement pas d'obligations et donc pas de réserves actuarielles, on peut supposer que la majorité des actifs sont des fonds non affectés que le conseil de fondation doit utiliser de manière appropriée au profit de ses destinataires.

Fonds de secours et absence de prestations

Dans la pratique, les autorités de contrôle constatent souvent que les fonds sociaux se contentent de gérer leurs actifs et n'exercent pas d'autres activités. Si un conseil de fondation se limite principalement à l'administration des biens et ne fournit aucune prestation, il peut manquer à son devoir, qui est de mettre en œuvre le but de la fondation.² À long terme, le fonds risque en outre de perdre son exonération fiscale.³

La faible activité ou l'inactivité totale de certains fonds de bienfaisance n'est pas due à un manque de volonté de la part du conseil de fondation, mais à des opportunités non reconnues – et à un manque d'urgence.

La crise du coronavirus a clairement modifié ce dernier point: depuis le début de la crise, de nombreux fonds de bienfaisance ont contacté les autorités de surveillance pour savoir dans quelle mesure ils pouvaient apporter un soutien financier aux travailleurs en cette période de crise. L'une des questions les plus fréquemment posées est de savoir si la différence entre l'indemnité de chômage partiel de 80 % et la perte totale de revenu pouvait être couverte par le fonds social.

Les conditions dans lesquelles cela est possible ont été précisées dans un communiqué élaboré par la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS) en coopération avec les autorités de la surveillance directe.⁴ Comme un besoin d'informations supplémentaires était manifeste, la Conférence des autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations a résumé dans une note d'information publiée en avril 2021 les prestations que les fonds de secours peuvent fournir selon la pratique des autorités de surveillance et les principes que les conseils de fondation doivent respecter lors de l'octroi de ces prestations.

¹ Les fonds de bienfaisance en Suisse en 2015: OFS Actualités; 13 Sécurité sociale. Septembre 2017.

² Jürg Brechbühl: Mangelhafte Zweckerreichung bei patronalen Wohlfahrtsfonds, in: Gächter, Thomas; Mosimann, Hans-Jakob (éd.): Berufliche Vorsorge – Stellwerk der sozialen Sicherheit. 21–36.

³ Lang, Peter: Patronale Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen – Fiskalische Rahmenbedingungen im Lichte der ZGB-Revision vom 25. September 2015, in: Revue fiscale no 7-8/2016, p. 586.

⁴ Communiqué n° 02/2020 du 6 juin 2020 concernant les prestations du fonds de bienfaisance en cas de chômage dû à la pandémie de coronavirus.

Quelles prestations peuvent être fournies par les fonds de bienfaisance?

Dans de nombreux cas, les fonds de secours se limitent à fournir des prestations dans des situations d'urgence. C'est oublier que le but principal d'un fonds de bienfaisance n'est pas de fournir des prestations de détresse, mais d'améliorer la prévoyance professionnelle.⁵

Cet objectif peut être atteint de différentes manières, par exemple en augmentant l'avoir de vieillesse des assurés actifs par des rémunérations d'intérêt ou des rachats supplémentaires. C'est un moyen efficace de compenser, au moins partiellement, la diminution des rentes résultant de baisses du taux de conversion. Sous certaines conditions, la pratique permet également la prise en charge des cotisations réglementaires des employés et des employeurs.⁶ Indirectement, la prévoyance professionnelle des bénéficiaires est également améliorée lorsque le fonds de bienfaisance prend en charge les coûts d'une réduction nécessaire du taux d'intérêt technique ou finance un découvert de la caisse de pensions.

Comme mentionné ci-dessus, un fonds de secours peut également fournir des prestations dans des situations d'urgence. Par exemple, on peut imaginer – et pas seulement en période de crise du coronavirus – que le fonds complète les indemnités de chômage partiel ou prend en charge les coûts de certaines prestations dans le cadre de plans sociaux résultant de licenciements collectifs, tels que le financement de départs en retraite anticipés, l'augmentation des allocations de chômage ou la prise en charge des coûts de reconversion ou de formation continue.

Un fonds de bienfaisance peut en outre rembourser les cotisations AVS qu'un employeur doit verser sur les prestations fournies par le fonds.⁷

«Dans de nombreux cas, les fonds de secours se limitent à fournir des prestations dans des situations d'urgence. C'est oublier que le but principal d'un fonds de bienfaisance n'est pas de fournir des prestations de détresse, mais d'améliorer la prévoyance professionnelle.»

Quelles prestations ne peuvent pas être fournies?

Un fonds de bienfaisance ne peut fournir que des prestations conformes à son but, et il ne peut pas prendre en charge des prestations que l'employeur est légalement tenu de fournir (comme le versement ou le maintien des salaires).

A l'exception des cotisations à la prévoyance professionnelle, il ne peut prendre en charge aucune cotisation aux assurances sociales (AVS/AI, AA, APG, etc.) que doivent payer les employés ou l'employeur. Il en va de même pour les primes d'assurance maladie et les indemnités journalières en cas de maladie.

De même, les frais de traitement médical ne peuvent être couverts, sauf en cas d'urgence. Il serait également inadmissible de financer les coûts d'exploitation d'une cantine pour les employés ou d'une garderie.

Quels principes doivent être respectés dans le cadre du versement de prestations?

Il va de soi que les prestations peuvent être fournies uniquement aux bénéficiaires du fonds de bienfaisance. En outre, seules les prestations conformes au but sont autorisées, c'est-à-dire qu'elles doivent soit servir à améliorer la pré-

voyance professionnelle contre les conséquences économiques de la vieillesse, de l'invalidité et du décès (but principal d'un fonds de bienfaisance), soit amortir une situation de détresse suite à une maladie, un accident, la vieillesse ou le chômage (but secondaire d'un fonds de prévoyance).

Si le conseil de fondation veut verser une prestation de détresse, il doit vérifier dans chaque cas individuel si une telle situation se présente ou risque de survenir. Pour des raisons pratiques et de proportionnalité, il peut à cet effet prévoir certaines généralisations, par exemple en fixant une limite de revenus fixe, éventuellement en tenant compte et en fonction des obligations de soutien découlant du droit de la famille.

Lors de la fourniture de prestations, le conseil de fondation se doit de respecter les principes de l'égalité de traitement et de l'adéquation: il doit traiter les destinataires se trouvant dans une situation similaire de la même manière et il doit en particulier tenir compte de futurs développements prévisibles afin qu'il puisse verser à l'avenir des prestations dans un cadre similaire.

Développer une stratégie

Le conseil de fondation dispose d'un large pouvoir discrétionnaire pour décider quand et comment utiliser les ressources du fonds de bienfaisance. En même temps, il doit veiller à ce que la fondation intervienne au besoin et fournisse des prestations conformes à son but. C'est pourquoi le conseil de fondation de chaque fondation devrait réfléchir à une stratégie lui permettant de respecter le but du fonds et d'utiliser ses ressources de manière adéquate dans les années à venir.

Dans ce contexte, il devra tenir compte de développements prévisibles dans l'entreprise, tels que la restructuration ou même la fermeture de l'entreprise fondatrice, et il devra veiller à ce que les employés et les retraités actuels mais aussi ceux du futur puissent bénéficier de prestations. Toutefois, afin de ne pas perdre sa qualification de fonds de prévoyance au sens de l'art. 89a al. 7 CC, il devrait éviter d'édicter des directives contraignantes, voire même un règlement. |

Laurence Eigenmann

⁵ Une liste détaillée des prestations possibles se trouve dans la note d'information mentionnée de la Conférence.

⁶ Le financement unilatéral des contributions patronales n'est pas autorisé, sauf si une réserve de contributions patronales a été préalablement constituée à cet effet ou si le financement purement patronal de l'institution de prévoyance est annoncé.

⁷ Directives CHS PP D – 02/2016 Fonds de prévoyance conformément à l'art. 89a al. 7 CC, chif. 2.2.